

21 Die Furcht vor der Freiheit: Abhängigkeit als Wille und Wunschvorstellung

James M. Buchanan

— Vorbemerkung der Herausgeber	_ 238
— Einleitung	_ 239
— Die Quellen des Sozialismus	_ 241
Zentralverwaltungswirtschaftlicher Sozialismus	241
Paternalistischer Sozialismus	243
Distributiver Sozialismus	244
Parentaler Sozialismus	247
— Gott ist tot, lang lebe der Staat	_ 250
— Die Lücken des klassischen Liberalismus	_ 253
— Der Kapitalismus und seine Widersprüche	_ 256
— Vorhersage und Ausblick	_ 259
— Nachwort	_ 261

Vorbemerkung der Herausgeber

Vor etwa 70 Jahren erschien Joseph A. Schumpeters berühmtes Werk «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie» (1942/1987). Es war ein pessimistisches, so unangenehmes wie doch auch hellsichtiges Buch. In Anlehnung an die marxistische Ideologie fragte Schumpeter darin, ob der Kapitalismus weiterleben könne – und kam zu einem negativen Schluss, weniger aus ökonomischen denn aus psychologischen Gründen. Seine Prognose: Der Kapitalismus werde an seinen eigenen Fortschritten zugrunde gehen. Eine Ursache sei das Wachstum unternehmerischer Konglomerate und die damit verbundene Ablösung persönlich haftender, bürgerlicher Eigentümerunternehmer durch Manager mit der «Psychologie eines bezahlten Angestellten». Eine andere Ursache sei die zersetzende kritische Geisteshaltung, der rationalistische Individualismus, den der Kapitalismus erzeuge und der sich am Ende gegen ihn selbst richten werde. Die in der Demokratie eine Plattform findenden Eigeninteressen von Politikern, Intellektuellen und Verlierern des Marktprozesses verschärften das Problem.

Wenn man sich die Frage nach der Zukunft von Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie heute wieder vornimmt, bietet sich nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft eine Perspektive an, die von Public Choice und konstitutioneller Ökonomik inspiriert ist. Wie entscheidet sich eine Gesellschaft zwischen ordnungspolitischen Entwürfen, also zwischen den grossen «organisatorisch-ideologischen Optionen», die sich jeweils anbieten? James M. Buchanan, Träger des Nobel-Gedächtnispreises von 1986 und Mitbegründer von Public Choice und konstitutioneller Ökonomik, hat sich im Jahr 2005 in einer Sonderausgabe der Fachzeitschrift «Public Choice» mit dieser Frage auseinandergesetzt.¹² Den Schwerpunkt legt er, ganz im Schumpeter'schen Geist, auf die psychologischen Ursprünge der auch nach dem Zusammenbruch des sowjetisch

¹² James M. Buchanan (2005): Afraid to be free. In: Public Choice 124: 19–31.

geprägten sozialistischen Totalitarismus im Osten – was entgegen manch allzu raschen Erfolgsmeldungen ja dann doch kein Ende der Geschichte war – weiterhin verbleibenden sozialistischen Tendenzen in allen Gesellschaften. Diesen Aufsatz drucken wir hier erstmals in deutscher Sprache ab, mit freundlicher Genehmigung durch Springer Science + Business Media. Die Übersetzung besorgte Karen Horn.

Einleitung

Weder kollektiv noch privat kommt es in der Realität tatsächlich dazu, dass wir zwischen den grossen Entwürfen der gesellschaftlichen Organisation eine bewusste Auswahl treffen. Zum grössten Teil und zumeist fällen wir unsere Entscheidungen nur in marginalen Bereichen, mit dem Ergebnis, dass alle Gesellschaften mehr oder weniger kapitalistisch, mehr oder weniger sozialistisch, mehr oder weniger demokratisch sind. Dennoch können sich diese Schumpeter'schen Begriffe als nützlich erweisen, um mein Argument zu strukturieren.

Dieses Argument kann kurz und bündig zusammengefasst werden. Wenn wir «Sozialismus» grob so definieren, dass der Begriff ein grosses Ausmass und eine grosse Intensität kollektivierter Kontrolle über die individuelle Handlungsfreiheit beschreibt, dann wird der Sozialismus überleben und sogar ausgeweitet werden. Zu diesem Ergebnis wird es nicht deshalb kommen, weil Kollektivierung als effizienter (in sinnvoller ökonomischer Bedeutung) beurteilt wird, und auch nicht deshalb, weil Kollektivierung vereinbarte Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit besser erfüllt. Sondern weil nur unter der Ägide kollektiver Kontrolle, unter «dem Staat», Einzelpersonen ihre persönliche Verantwortung fliehen, sie vermeiden oder sie sogar leugnen können. Kurz gesagt: Men-

Der Sozialismus hat zwar als kohärente Ideologie seinen Reiz verloren. Doch im Verlaufe von zwei Jahrhunderten hat der Staat Gott als Vater-Mutter der letzten Instanz ersetzt. Und es wird Menschen geben, die darauf dringen, dass diese Protektoratsrolle erfüllt und ausgeweitet wird.

schen fürchten die Freiheit. Wie die folgende Erörterung nahelegt, hat der Sozialismus als kohärente Ideologie einen Grossteil seines Reizes verloren. Aber in einer breiteren, umfassenderen historischen Perspektive zeigt sich, dass im Verlaufe von zwei Jahrhunderten der Staat Gott als Vater-Mutter der letzten Instanz ersetzt hat. Und es wird Menschen geben, die darauf dringen, dass diese Protektorsrolle erfüllt und ausgeweitet wird.

«Kapitalismus», ein unglückseliger Begriff, der dennoch breite Verwendung findet, lässt sich wiederum grob so beschreiben, dass er ein grosses Ausmass und eine grosse Intensität von individueller Handlungsfreiheit ausserhalb kollektiver Steuerung und Kontrolle bezeichnet. Dieses Modell bleibt zwangsläufig verletzlich gegenüber fortlaufenden Übergriffen an den Rändern. Diese Schubkraft der Veränderung wird erhalten

bleiben, aller denkbaren analytischen und empirischen Evidenz zum Trotz, dass solche Übergriffe nach weithin anerkannten Erfolgsindikatoren einen Rückschritt bedeuten.

«Demokratie», breit genug gefasst, um ihre vielen institutionellen Varianten zu umschliessen, verweist auf die Präferenzen der Bürger. Die Bürger bleiben weitgehend immun gegenüber den Errenschaften der Wissenschaft. Die zunehmende Korruption, die mit einem wachsenden Umfang kollektiver politischer Kontrolle notwendig einhergeht, wird einfach toleriert und ignoriert. Ein überwölbendes Thema dieses Aufsatzes besteht darin,

dass die Schubkraft dieser Entwicklung durch Forderungen «von unten» diktiert wird, nicht durch Diktate einer Elite «von oben».

In den folgenden Abschnitten werde ich dieses allgemeine Argument mit Substanz versehen. Erst im abschliessenden Abschnitt indes werde ich eine hoffungsvollere Alternative zu dem zuvor skizzierten pessimistischen Szenario anbieten. Eine solche Alternative speist sich dabei

Es gibt eine Alternative zu den pessimistischen Szenarien. Sie speist sich aus dem Gefühl moralischer Verpflichtung, daran zu glauben, dass eine konstruktive Reform im Rahmen des Möglichen liegt, wie auch aus einer realistischen Prognose.

ebenso sehr aus einem Gefühl moralischer Verpflichtung, daran zu glauben, dass eine konstruktive Reform im Rahmen des Möglichen liegt, wie aus einer wie auch immer gearteten realistischen Prognose von Elementen, die unter der Oberfläche dessen, was sich gegenwärtig beobachten lässt, schon absehbar sind.

Die Quellen des Sozialismus

Es gibt mindestens vier Quellen von Ideen, die eine Motivation bieten für eine Ausweitung des Ausmasses und der Intensität kollektiver Kontrollen über die Freiheit der Menschen, so zu handeln, wie sie es in Unabhängigkeit entscheiden würden. Im politischen Dialog sind diese Quellen natürlich miteinander verwoben, aber im philosophischen Diskurs erscheint es nützlich, Unterscheidungen zu treffen. Ich werde diesen vier Quellen die Labels (1) zentralverwaltungswirtschaftlich, (2) paternalistisch, (3) distributiv und (4) parental geben. Ich werde die ersten drei dieser vier Kategorien im vorliegenden Abschnitt erörtern. Die vierte Quelle, die elterliche Motivation, wird dann separat in Abschnitt 3 behandelt. Denn ich möchte behaupten, dass diese Quelle in der Analyse vergleichsweise vernachlässigt geblieben ist und dass sie, was wichtiger ist, die anderen drei Quellen in den frühen Dekaden dieses neuen Jahrtausends mit ihrem Einfluss wahrscheinlich dahinfegen wird.

Zentralverwaltungswirtschaftlicher Sozialismus

Dies ist jene Form des Sozialismus, die mittlerweile tot und unter der Erde ist, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis, «erledigt» in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts. Dies ist der Sozialismus, der definitionsgemäss mit kollektivem Eigentum und kollektiver Kontrolle über die

Der Sozialismus, der mit kollektivem Eigentum, kollektiver Kontrolle über die Produktionsmittel und zentralisierter Kommandosteuerung der Volkswirtschaft einhergeht, institutionalisiert durch eine zentrale Planungsbehörde, ist tot und beerdigt.

Produktionsmittel einhergeht, und der Anstrengungen in Richtung einer zentralisierten Kommando-Steuerung der Volkswirtschaft involviert, institutionalisiert durch eine zentrale Planungsbehörde.

Wissenschaftliche Irrtümer Es ist mittlerweile nahezu universell anerkannt, dass die motivierenden Ideen hierzu auf wissenschaftlich-intellektuellen Irrtümern grösseren Ausmasses fussten – Irrtümern, die sich unter Friedrich August von Hayeks (1988) Rubrik der «verhängnisvollen Anmassung» zusammenfassen lassen. Selbst in seiner idealisierten Form bedingte die Konstruktion eine Ubiquität an perversen Anreizen und ignorierte die Unmöglichkeit, sich das Wissen aus weit gestreuten und

dynamischen Verhältnissen zu sichern. Die wissenschaftlichen Mängel scheinen heute eindeutig. Dennoch ist die zur Vorsicht gemahnende Lektion zu ziehen, dass ein ganzes Jahrhundert die Diskussion zwischen den besten und den intelligentesten Ökonomen und Philosophen, ja in der Welt der Intelligenz und der Wissenschaft generell, in einem Umfeld heute ausgesprochen erstaunlich scheinender Ahnungslosigkeit geführt wurde.

Ein ganzes Jahrhundert wurde die Diskussion zwischen den besten und den intelligentesten Ökonomen und Philosophen, ja in der Welt der Intelligenz und der Wissenschaft generell, in einem Umfeld heute ausgesprochen erstaunlich scheinender Ahnungslosigkeit geführt.

Tragische Folgen Und das hatte tragische Folgen. Die Bemühungen, diese idealisierte und fundamental mangelhafte Konstruktion zu implementieren, sei es stückweise oder auf einmal, stiessen rasch an Grenzen. Sie wurden errichtet von der unausweich-

lichen Tatsache, dass gewöhnliche Sterbliche und nicht idealisierte Automaten das System betreiben müssen. Statt der vorhergesagten minimalen ergab sich eine krasse Ineffizienz; die Korruption selbst wurde das einzige Schmiermittel in ansonsten rigiden Strukturen der Interaktion; die Entlohnungen bevorzugten opportunistisches Verhalten in überproportionaler Weise; persönliche Bevorzugung wurde ergänzt von ungetrübter Grausamkeit bei Abwesenheit jeglicher wirksamer Exit-Optionen.

Die Wirtschaft, die angeblich nach den Prinzipien des zentralverwaltungswirtschaftlichen Sozialismus, den Prinzipien von Kommando und Kontrolle, organisiert war, kann einfach nicht – und konnte, wie sich zeigte, in der Tat auch faktisch nicht – Güter erbringen, die in irgendeiner Weise auch nur entfernt vergleichbar waren mit den Ergebnissen von Volkswirtschaften, die nach von Adam Smiths «System der natürlichen Freiheit» abgeleiteten Prinzipien organisiert sind. Diese Variante des Sozialismus, die einen Grossteil ihrer Quelle in der hoch erfolgreichen Schubkraft der marxistischen Ideologie gefunden hatte, wird nicht so bald wieder aus der Versenkung auftauchen. Die erste Hälfte dieses neuen Jahrhunderts wird keine Rufe nach kollektivierter Planung um der Planung willen mehr erleben.

Paternalistischer Sozialismus

Der Niedergang des zentralverwaltungswirtschaftlichen Sozialismus hat freilich die Rufe nach Kollektivierung, die sich aus den anderen Quellen speisen, nicht substantiell verringert. Dazu gehört die Erkenntnis selbst ernannter Eliten, dass es angeblich nur mittels Kollektivierung gelingen kann, die Wahlentscheidungen und Handlungen der Massen in jene Muster zu lenken, die «erwünscht wären, wenn diese Massen nur wüssten, was in ihrem eigenen besten Interesse ist». Diese Haltung, oder vielmehr dieses Bündel von Haltungen, war auch an der Erzwingung des zentralverwaltungswirtschaftlichen Sozialismus wesentlich beteiligt. Zumindest konzeptionell jedoch kann man sie auch separat untersuchen und analysieren.

Was man wollen soll Die ultimative Motivation muss hier nicht aus einem wie auch immer gearteten Argument herkommen, das darauf hinausläuft, dass kollektive Kontrolle irgendwie «effizienter» sei, wobei Effizienz in einer neutralen aggregierten Wertdimension definiert ist. Die Motivation liegt in der Wertskala selbst; was die Menschen privat ausdrücken, entspricht nicht dem, was die Elite bevorzugt. Die Präferenzen müssen

also in akzeptablere Richtungen verschoben werden. Der französische Begriff «Dirigisme» beschreibt diese Geisteshaltung besser als jedes vergleichbare englische Wort.

Die Menschen, die diesen Standpunkt einnehmen, haben nicht zwangsläufig etwas gegen den Kapitalismus einzuwenden oder gegen den Marktprozess als allokatives Mittel zur Implementierung ihrer Ziele. Tatsächlich lässt man den Markt die Schwerstarbeit machen, solange die

Man lässt den Markt die Schwerstarbeit machen, solange die Anreize kollektiv so angepasst werden, dass Ergebnisse garantiert sind, die von den normativen Idealen der Elite diktiert werden.

Anreize kollektiv so angepasst werden, dass Ergebnisse garantiert sind, die von den normativen Idealen der Elite diktiert werden. Ein grosser Teil des gegenwärtigen politischen Dialogs ist mit derartigen Haltungen getränkt. Das gilt besonders für einen Grossteil der Betonung des Umweltschutzes, aber auch für die leidenschaftlichen Kreuzzüge gegen Tabakkonsum und Fettleibigkeit.

Weitere Sozialisierung Diese Quelle der Unterstützung für eine ausgeweitete kollektive Kontrolle über die Wahlfreiheit wird nicht verschwinden. Es scheint freilich unwahrscheinlich, dass dies eine starke Kraft in Richtung weiterer Sozialisierung ausüben wird. Die Grenzen solcher Bemühungen sind historisch beispielhaft belegt mit dem fehlgeschlagenen Experiment der Alkoholprohibition in den Vereinigten Staaten von Amerika im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, aber auch durch Hillary Clintons abgebrochene Anstrengungen aus den frühen neunziger Jahren, das Gesundheitswesen zu reformieren. In diesem Fall wird die «Demokratie» zu einer konservativen Bastion gegen Bemühungen einer Elite, ihre eigenen Wertstrukturen durch kollektivierten Zwang durchzusetzen.

Distributiver Sozialismus

«Sozialismus hat mit Gleichheit zu tun» – dieser kurze Satz ist nach dem offensichtlichen Untergang von zentraler Planwirtschaft und Kontrolle

rasch ins Rampenlicht gerückt. Den einstigen Befürwortern der Zentralverwaltungswirtschaft gelang es mit überraschender Eilfertigkeit, ihren Kurs nun an den wohlfahrtsstaatlich gesinnten Sozialdemokraten auszurichten. Die groben wissenschaftlichen Irrtümer, welche die verhängnisvolle Anmassung produziert hatten, wurden beiseitegewischt, als wären sie nie verbreitet worden, mit dem Argument, dass die Verteilungsgleichheit für Sozialisten aller Couleur der oberste Wert sei und auch schon immer gewesen sei. Auch die Argumentation der Paternalisten kommt nicht ohne verteilungspolitischen Impetus aus. Deren Aufmerksamkeit mag mehr auf Sachleistungen in Form von Gütern und Dienstleistungen an bestimmte Empfänger fokussiert sein, doch stets zielten auch sie auf mehr Gleichheit im letztlichen Zugang zu solchen Gütern.

Verteilungsgleichheit über alles In seiner unverfälschten Reinform jedoch dreht sich das Verteilungsargument ausschliesslich um die Gleichheit, oder vielmehr Ungleichheit, in der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, ohne Anschauung der konkreten Zusammensetzung des Bündels. Die allokativen Funktion kann ausschliesslich dem Markt (Kapitalismus) überlassen werden, welcher den Präferenzmustern der Menschen in ihrer Eigenschaft als Verbraucher und Produzenten gehorcht, im Rahmen der Umverteilungsgrenzen nach Steuern und nach Transfers. Hier stehen nicht die produktiven Ergebnisse des Marktes im Brennpunkt und noch nicht einmal, wie er arbeitet, sondern die Verteilungsergebnisse, die in Abwesenheit einer spezifisch gesteuerten und kollektivierten Struktur von Steuern und Transfers folgen würden.

Wo bleibt die Fairness? Auf der Ebene der abstrakten politischen Philosophie – insbesondere in dem Zusammenhang, in dem die Arbeiten von

Die groben wissenschaftlichen Irrtümer, welche die verhängnisvolle Anmassung produziert hatten, wurden beiseite gewischt, als wären sie nie verbreitet worden, mit dem Argument, dass die Verteilungsgleichheit für Sozialisten aller Couleur der oberste Wert sei.

John Rawls (1971) darauf aufmerksam gemacht haben – kann diese Quelle kollektiven Handels als die einzige gelten, die überhaupt mit den Regeln des klassischen Liberalismus in Einklang zu bringen ist. Selbst *Hardcore*-Libertäre empfinden es als schwierig, die unbeschränkten Verteilungsergebnisse des Marktprozesses, des unbegrenzten Kapitalismus, als Verkörperung weithin geteilter Fairnessnormen zu verteidigen. Selbst wenn die

Selbst *Hardcore*-Libertäre empfinden es als schwierig, die unbeschränkten Verteilungsergebnisse des unbegrenzten Kapitalismus als Verkörperung weithin geteilter Fairnessnormen zu verteidigen.

perversen Anreize, die sowohl auf der Steuer- als auch auf der Transferseite des Budgets auftauchen, vollumfänglich anerkannt werden und selbst wenn darüber hinaus noch berücksichtigt wird, dass die tatsächlichen Anpassungen, die auf dem Weg der demokratischen Politik möglich sind, hinter den idealtypischen Verteilungsanpassungen, die man sich vorstellen kann, zurückbleiben, selbst dann lässt sich immer noch breite Unterstützung für eine gewisse Verteilungskorrektur belegen. Wenn der sozialisierte Teil der wirtschaftlichen Aktivität so gemessen wird, dass er auch das aus Steuern und Transfers bestehende Budget umfasst, dann sieht es nicht so aus, als ob der Sozialismus aus der beobachteten politischen Realität verschwände.

Klassenkampfrhetorik Die aus reinen Umverteilungsmotiven heraus begründete Unterstützung für eine Ausweitung dieses Budgets aus Steuern und Transfers mag freilich viel geringer ausfallen, als es die häufig anzutreffende Klassenkampfdemagogie des Wahlkampfes vermuten lässt. Man kann die Armen, also die von der Einkommensverteilung Benachteiligten, nur selten dabei beobachten, dass sie den Mehrheitsprozess der Demokratie benutzen, um die Reichen auszubeuten, zumindest nicht über relativ enge Grenzen hinaus. Die Klassenkampfrhetorik scheint zudem vielmehr eher bloss das Geschimpfe der Eliten widerzuspiegeln, welche die verteilungspolitische Motivation wachzurufen suchen, um ihren fundamentalen Dirigismus zu befördern.

Parentaler Sozialismus

Nach meinem Wissen ist der Begriff «parental» (elterlich) noch nie ausdrücklich als Beschreibung der Motivation erörtert worden, die hinter der Kollektivierung und Sozialisierung der menschlichen Aktivität steckt. Ich führe den Begriff hier in Ermangelung eines besseren ein, um eine Quelle zu beschreiben, die sich nur schwer auf den Punkt bringen lässt, auch wenn in einer etwas ausführlicheren Erörterung gut mit ihr umzugehen ist. In einem gewissen Sinn handelt es sich hier sozusagen um die Kehrseite des Paternalismus. Mit Paternalismus bezeichnen wir die Haltung elitärer Menschen, die ihre eigenen bevorzugten Werte anderen Menschen vorschreiben wollen.

Werte vorschreiben Mit *Parentalismus* hingegen bezeichnen wir die Haltung von Menschen, die danach streben, dass andere Personen, der Staat oder transzendente Kräfte *ihnen Werte vorschreiben*. Diese Quelle der Unterstützung für eine ausgeweitete Kollektivierung wird sowohl von sozialistischen als auch von liberalen Philosophen vernachlässigt. Vielleicht liegt das daran, dass Philosophen – in beiden Lagern – stets methodologische Individualisten bleiben.

Freiheit und Verantwortung Wie der Titel dieses Aufsatzes erahnen lässt und wie ich schon früher angemerkt habe, wird die ultimative Motivation für die Beibehaltung oder gar Ausweitung der Kontrolle über die Aktivitäten der Menschen durch kollektive Institutionen nach meiner Einschätzung in der ersten Hälfte des neuen Jahrhunderts wichtiger sein als jede andere der vertrauenswürdigeren Quellen, die hier schon im ersten Abschnitt besprochen worden sind. Beinahe unterbewusst unterstellten jene Wissenschaftler, Lehrkräfte und Akademiker, die sich bemühten, das «grosse Bild» zu sehen, dass Menschen – *ceteris paribus* – die Freiheit geniessen wollen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen; dass sie frei sein wollen von Zwang durch andere Menschen, selbst von indirektem Zwang durch Überredung. Sie haben indes nicht hinreichend betont, dass Freiheit *Verantwortung* mit sich bringt, und sie haben nicht

genug untersucht, was daraus folgt. Und es scheint offensichtlich, dass viele Menschen nicht die letzte Verantwortung für ihr eigenes Tun übernehmen möchten. Viele Menschen fürchten sich tatsächlich davor, frei zu sein.

Es scheint offensichtlich, dass viele Menschen nicht die letzte Verantwortung für ihr eigenes Tun übernehmen möchten. Viele Menschen fürchten sich tatsächlich davor, frei zu sein.

Der Begriff «parental», elterlich, entfaltet seine deskriptive Kraft in seinem Hinweis darauf, dass die Haltung, um die es hier geht, verwandt ist mit jener Haltung eines Kindes, das den Kokon-ähnlichen Schutz seiner Eltern sucht und das zwar seine Freiheit genießt, aber nur innerhalb der Grenzen, die ihm die Spannweite dieses Schutzes läßt. Die Mutter oder der Vater fängt das Kind auf,

wenn es hinfällt, bandagiert seine Schnittverletzungen, verzeiht seine Verhaltensexzesse in allen Dimensionen. Das Wissen, dass diese Dinge getan werden, verleiht dem Kind ein Gefühl von Ordnung in seinem Universum, mit Elementen von Vorhersagbarkeit in unsicheren Aspekten seines Umfelds.

Erwachsenwerden schmerzt Dieses gemütliche Arrangement wird dramatisch gestört, wenn das Kind erwachsen wird, wenn unabhängig von den Familienbanden Verantwortung geschultert werden muss. Relativ wenige Menschen sind als Individuen stark genug, die volle Spannbreite der Freiheit und der mit dieser einhergehenden Verantwortung zu übernehmen ohne irgendeinen Ersatz des elterlichen Schutzes. Die Religion – oder Gott als transzendente Kraft, die Vaterschaft oder Mutterschaft exemplifiziert – hat diesen Zweck und dient ihm auch weiterhin (mehr hierzu weiter unten). Organisierte Gemeinschaft ist ein zwar weniger stark zufriedenstellender, aber nichtsdestoweniger partieller Elternersatz für einige Leute. Noch wichtiger ist es, insbesondere im Rahmen der vorliegenden Erörterung, dass das Kollektiv – der Staat – einspringt und das Individuum um seine Verantwortlichkeit als unabhängig wählender und handelnder Erwachsener erleichtert. Im Gegenzug vermin-

dert der Staat natürlich die Freiheit des Individuums, nach seinen eigenen Entscheidungen zu handeln. Doch die Ordnung, die der Staat als Elternteil bereitstellt, mag vielen Menschen das Freiheitsopfer durchaus wert sein.

Sehnsucht nach Ordnung Wie schon erwähnt, speist sich die Quelle einer Argumentation für die Ausweitung der kollektiven oder staatlichen Kontrolle hier eher «von unten» denn «von oben» wie im Fall des Paternalismus. Die Menschen, die sich fürchten, jene unabhängige Verantwortung zu übernehmen, die notwendig mit der Freiheit einhergeht, verlangen vom Staat, dass er die Elternrolle in ihrem Leben erfüllen soll. Sie *wollen*, dass man ihnen sagt, was sie tun sollen und wann; sie suchen Ordnung statt Unsicherheit; und Ordnung geht mit Opportunitätskosten einher, die sie offenbar gern tragen.

Der Durst oder das Verlangen nach Freiheit und Verantwortlichkeit ist vielleicht nicht ganz so universell, wie so viele Philosophen seit der Ära der Aufklärung angenommen haben. Welcher Anteil der Leute, die sich in verschiedenen Graden der Ankettung befinden, von der Sklaverei bis hin zum normalen Lohnarbeitsverhältnis, will wirklich frei sein, mit der begleitenden Verantwortung für die eigenen Entscheidungen? Auf das desaströse Scheitern von General Shermans Programm «Forty Acres and a Mule», mit dem freigelassenen Sklaven in den Endjahren des amerikanischen Bürgerkriegs eine Lebensgrundlage gegeben werden sollte, folgte in den Südstaaten Amerikas ein Rückfall der emanzipierten früheren Sklaven in einen erneuerten Abhängigkeitsstatus. Und die überraschende Stärke der kommunistischen Parteien in der Politik Zentral- und Osteuropas auch nach dem Kalten Krieg belegt, dass dieser Durst nach Freiheit bei vielen Leuten durchaus «beherrschbar» ist.

Der Durst oder das Verlangen nach Freiheit und Verantwortlichkeit ist vielleicht nicht ganz so universell, wie so viele Philosophen seit der Ära der Aufklärung angenommen haben.

Gott ist tot, lang lebe der Staat

Vor dem 18. Jahrhundert, vor der Aufklärung, und insbesondere im Westen erfüllte Gott, institutionell verkörpert durch die Kirche (und die Kirchen), eine scheinbar natürliche Rolle als ein überwölbendes «Elternteil», das die ultimative Verantwortung für das Individuum in einem letztinstanzlichen Sinne übernahm, da biologische Verbindungen im Altersprofil notwendig verloren gingen. Das zeigt sich an einer Vielzahl von Stellen. «Wir heissen Kinder Gottes und sind es», «Gott wird dich tragen» – diese aus der Bibel und aus religiösen Liedtexten bekannten Behauptungen sind nur eine Illustration einer nahezu universellen Haltung. Psychologisch führte dies dazu, dass die Menschen in ihrem Alltagsleben gestärkt waren von dem Gefühl, dass Gott jedes Unheil, das sie anrichten könnten, wieder bereinigen würde – so wie es Eltern gegenüber ihren Kindern tun. Natürlich könnte Fehlverhalten bestraft werden, in diesem oder in einem späteren Leben. Dabei unterlagen aber sowohl die Regeln als auch die Aussicht auf Lohn und Strafe strikter Berechenbarkeit. Gott in seiner institutionellen Verkörperung brachte Ordnung in jedermanns Leben.

Wer tritt an die Stelle Gottes? Aber was, wenn Nietzsche recht hat? Was, wenn Gott tot ist? Was geschieht mit jemandem, der anerkennen muss, dass die ordnende Gegenwart Gottes nicht länger real ist? Was, wenn man sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass Gott das Chaos schon beseitigen wird, nicht einmal als letzte Instanz? Wer und/oder was kann die Rolle von Surrogat-Eltern übernehmen? Wer und was gibt es jenseits des Individuums, das unsere Sehnsucht nach familienähnlichem Behütetsein bedienen kann? Wer oder was wird uns aufheben, wenn und falls wir fallen? Wer und was kann die Berechenbarkeit liefern, die Gott und seine Vertreterstrukturen zu bieten schienen?

Nach den ausführlichen Idealisierungen, die sich einige mittelalterliche Scholastiker ausgedacht haben, ist die weltliche Politik, der Staat, ein unnötiges Anhängsel der Verkörperung Gottes in der Kirche. In ganz

Europa stiessen aufkeimende Anstrengungen in den nachmittelalterlichen Jahrhunderten, eine von der Kontrolle durch die Kirche unabhängige weltliche Autorität einzurichten, auf Widerstand. Doch das Monopol der katholischen Kirche wurde von Luther und seinen Anhängern gebrochen, lange bevor die Aufklärung einsetzte. Gott war nicht länger monolithisch, im Abbild einer einzigen Institution. Miteinander konkurrierende Interpretationen kamen auf, und die Konflikte zwischen den Kirchen vermischten sich mit Konflikten zwischen Staaten, die jene Kirchen repräsentierten. In diesem Prozess löste sich die weltliche von der kirchlichen Herrschaft und nahm unabhängige Gestalt an.

Der Staat rückt vor Zur Zeit der Aufklärung war der säkulare Nationalstaat beinahe zur Reife gelangt, und der Nationalismus, das Gespür für das Nation-Sein, wurde zu einem mehr oder weniger natürlichen Auffangbecken für die Gefühle jener Menschen, denen Gott abhandengekommen war.

Für viele rückte der Staat als Kollektiv vor und füllte die Lücke, welche der Niedergang der kirchlichen Elternrolle hinterlassen hatte. Das Individuum, das familienähnlichen Schutz suchte, ein solches Behütetsein jedoch nicht länger in der Kirche oder bei dem durch sie verkörperten Gott verspürte, fand einen Ersatz im Kollektiv. Das Individuum konnte sich als «zugehörig» zu einer grösseren Gemeinschaft fühlen und hing notwendig auch von dieser Gemeinschaft ab. Der Tod Gottes und die Geburt des Nationalstaats, besonders in seinem jüngsten Gewand als Wohlfahrtsstaat, sind in dieser Hinsicht die zwei Seiten derselben historischen Medaille.

Zwei parallele Entwicklungen Die Umstellung, nach welcher der Staat für viele Menschen Gott in der Elternrolle ersetzte, erfuhr Unterstützung und Begünstigung durch zwei historisch parallel verlaufende Entwicklungen. Zunächst enthielt die Aufklärung an sich keine Rechtfertigung

Der Tod Gottes und die Geburt des Nationalstaats, besonders in seinem jüngsten Gewand als Wohlfahrtsstaat, sind die zwei Seiten derselben historischen Medaille.

Der klassische Liberalismus hat auf einzigartige Weise darin versagt, den Menschen eine psychologische Sicherheit zu geben, die den Verlust des religiösen Glaubens kompensieren könnte.

für das Spriessen des Staates. Aus der Aufklärung ergab sich nicht der Kollektivismus, sondern der klassische Liberalismus. Wie der folgende Abschnitt freilich zeigen wird, hat der klassische Liberalismus auf einzigartige Weise darin versagt, den Menschen eine wie auch immer geartete psychologische Sicherheit zu geben, die den Verlust des religiösen Glaubens kompensieren könnte. Beinahe unverzüglich nach der Aufklärung wurden Argumente für den Sozialismus vorgebracht, wie oben schon behandelt. Und alle Argumente für sozialistische Organisation hängen in kritischer Weise von der Ausdehnung des kollektivierten oder politisierten Tätigkeitsfeldes ab. Die Verwirklichung der sozialistischen Vorschläge wurde erreicht durch eine Kombination von marxistischer Ideologie, Paternalismus der Intellektuellen, Verteilungsargument und einem Residuum an verzweifelter Suche nach einem elterlichen Ersatz für Gott. Der sozialistische Kollektivismus versprach jene Ordnung, die dem post-aufklärerischen Liberalismus zu fehlen schien. Die Abhängigkeit, die mit dem Sozialismus einherging, nahmen die Menschen mehr oder weniger bereitwillig hin. Denn in der Masse, wie sie Abhängige der Gemeinschaft wurden, waren sie zugleich auch in der Lage, an dem gemeinschaftlichen Projekt teilzunehmen, das der Kollektivismus darzustellen schien.

Abhängigkeit als Normalität Der Staat wurde Gott. Diese Transponierung war natürlich in der Sowjetunion und unter anderen kommunistischen Regimes am augenscheinlichsten. Doch in den demokratischen Gesellschaften des Westens fand im Wesentlichen dieselbe psychologische Verschiebung statt. Die Menschen akzeptierten ihre Abhängigkeit vom Staat als Normalität – selbst jene, die zugleich gegen die zunehmenden Übergriffe durch das Kollektiv bzw. die Regierung protestierten. Es kam immer seltener vor, dass man Personen und Gruppen fand, die sich dafür

einsetzen, die Ketten der Abhängigkeit zu lockern. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes während der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts trug nichts oder wenig dazu bei, das Wachstum des Wohlfahrtsstaates zu bremsen. Schon dies zeigt, dass die parentale Motivierung die vielleicht stärkste Kraft unter den oben identifizierten Quellen der Kollektivierung bleibt.

Die Lücken des klassischen Liberalismus

Die zentrale Ordnungsidee des klassischen Liberalismus ergab sich aus der Aufklärung, insbesondere aus deren schottischen Varianten. Diese Idee, am besten ausbuchstabiert in den Arbeiten von Adam Smith, besteht darin, dass es überhaupt keiner ausgedehnten kollektiven Steuerung und Kontrolle aller Aktivitäten bedarf. Wenn minimalinvasive Institutionen bestehen, die Leib und Leben, Eigentum und Verträge garantieren, dann kann den Menschen vielmehr ihre Freiheit belassen werden, ihre jeweils eigenen Entscheidungen zu treffen und dadurch maximale Werte zu generieren. Die spontane Ordnung des Marktes, die in dem Masse entsteht, wie die Menschen in einem «einfachen System natürlicher Freiheit» ihre eigene Wahl treffen dürfen, impliziert, dass es für den Hoheitsstaat nur eine begrenzte Rolle gibt.

Der sozialistische Befund Der moderne Sozialismus, zumindest in den ersten drei oben genannten Varianten, entstand als Reaktion gegen den klassischen Liberalismus und besonders gegen den begrenzten Erfolg der klassischen politischen Ökonomie während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der zentralverwaltungswirtschaftliche, auf Kommando und Kontrolle zurückgreifende Sozialismus fusste auf einem intellektuellen Irrtum, auf der Unfähigkeit, die grundlegenden Prinzipien des Marktes zu begreifen.

Die spontane Ordnung des Marktes, die in dem Masse entsteht, wie die Menschen in einem «einfachen System natürlicher Freiheit» ihre eigene Wahl treffen dürfen, impliziert, dass es für den Hoheitsstaat nur eine begrenzte Rolle gibt.

Der paternalistische Sozialismus lehnt die demokratischen Charakteristika der Marktergebnisse ebenso ab wie, in Ableitung daraus, demokratische Ordnungsstrukturen allgemein. Der distributive Sozialismus kann im klassischen Liberalismus seinen Platz finden, indem man die Marktergebnisse entsprechenden Anpassungen unterzieht.

Die Lücken des klassischen Liberalismus liegen in seiner Unfähigkeit, eine zufriedenstellende Alternative zu dem sozialistisch-kollektivistischen Impuls anzubieten, der das weit verbreitete Verlangen nach einer parentalen Rolle des Staates reflektiert. Für Menschen, die – möglicher-

«Die spontane Ordnung des Marktes» – das ist eine intellektuelle Idee, die Menschen, die keiner ökonomischen Schulung ausgesetzt gewesen sind, nicht von selbst verstehen.

weise unbewusst – Abhängigkeit vom Kollektiv anstreben, läuft das klassisch-liberale Argument für Unabhängigkeit auf reine Negation hinaus. Die Klassisch-Liberalen haben sich bisher in keiner Weise um die psychologischen Elemente der öffentlichen Unterstützung für oder gegen die marktwirtschaftliche Ordnung gekümmert.

«Die spontane Ordnung des Marktes» – das ist eine intellektuelle Idee, die Menschen, die keiner ökonomischen Schulung ausgesetzt gewesen sind,

nicht von selbst verstehen. Und selbst die Ökonomen haben – in ihrem gelegentlichen Eifer, den Feinheiten komplexer Modelle auf den Grund zu gehen – ihre vorrangige didaktische Aufgabe vernachlässigt. Sie gingen einfach davon aus, dass eine Idee, wenn sie erst einmal von der wissenschaftlichen Gemeinschaft akzeptiert ist, auch Teil des öffentlichen Allgemeinwissens wird, wie in den Naturwissenschaften – und dass sie dann auch in institutionellen Reformen Niederschlag findet. Die Ökonomen als mutmassliche Treuhänder der Prinzipien des klassischen Liberalismus haben den kategorialen Unterschied zwischen der öffentlichen Aufnahme ihrer eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und denen ihrer naturwissenschaftlichen Kollegen nicht einmal wahrgenommen. Jeder Mensch ist, im wahrsten Sinne des Wortes, sein eigener Ökonom;

den Wahrheiten der ökonomischen Theorie erweist er wenig oder keinerlei Respekt.

Blinde Kräfte des Marktes In den Augen viel zu vieler Mitglieder des politischen Gemeinwesens verlangt es die marktwirtschaftliche Ordnung, dass sich die Menschen den «blinden Kräften des Marktes» unterwerfen, als ob die Unabhängigkeit, die damit errungen wird, keinerlei kompensierende Gewinne mit sich brächte. Es gibt eine weitverbreitete Unfähigkeit zu verstehen, dass die Unabhängigkeit, die mit den Optionen des Markteintritts und Marktaustritts geboten ist, die *Abhängigkeit* von anderen aufhebt, die sich ergibt, wenn Märkte geschlossen oder verdrängt werden. Und solche Abhängigkeit schliesst vor allem die Abhängigkeit vom Staat, von seinen bürokratischen Stellvertretern ein. Das Individuum kann sich aus einer Marktbeziehung mühelos verabschieden. Der Steuerhoheit des Staates kann man sich nicht so leicht entziehen.

Die Eintritts- und Austrittsoptionen, die der Markt bietet, dienen als allgegenwärtiger Grenzraum, der allen Teilnehmern offensteht. Und die Ökonomen hätten die vertraute Erfahrung mit Grenzen durchaus stärker ausnutzen dürfen, indem sie diese Analogie mit Beispielen unterlegten. Ihr Unterlassen illustriert den Punkt, dass die Anhänger des klassischen Liberalismus, und vor allem die Ökonomen, sich nicht hinreichend darum gekümmert haben, das Evangelium der Unabhängigkeit zu predigen. Der klassische Liberalismus, richtig verstanden, zeigt, dass Menschen auf eigenen Füßen stehen können, dass sie weder Gott noch den Staat als Ersatzeltern brauchen. Doch diese Lektion ist nicht gelernt.

Die Anhänger des klassischen Liberalismus, vor allem die Ökonomen, haben sich nicht hinreichend darum gekümmert, das Evangelium der Unabhängigkeit zu predigen.

Der Kapitalismus und seine Widersprüche

Der Kapitalismus («freies Unternehmertum» wäre ein viel besserer Begriff) ist die institutionalisierte Verkörperung des klassischen Liberalismus. In idealisierter Form lässt er sich am besten beschreiben als ein System, in dem Werte bestimmt, Ressourcen in die besten Verwendungsrichtungen gebracht sowie Güter und Dienstleistungen über ein Netzwerk freiwilliger Austauschbeziehungen zwischen frei wählenden und handelnden Personen und Gruppen produziert und verteilt werden. Dieses Netzwerk funktioniert innerhalb einer kollektiv auferlegten rechtlichen Struktur, die Person und Eigentum schützt und Verträge durchsetzt sowie zugleich jene Güter und Dienstleistungen finanziert, die gemeinsam zu nutzen die Effizienz gebietet. In einem solchen idealisierten kapitalistischen System unterlägen höchstens 15 Prozent der nationalen Wertschöpfung einer kollektiven Steuerung.

Der kollektivierte Sektor wächst In der Nachkriegszeit haben wir beobachtet, wie der kollektivierte Sektor selbst in westlichen Ländern, ausserhalb des nominell sozialisierten kommunistischen Blocks, seine allokativen und distributiven Reichweite bis auf Werte zwischen 40 und 60 Prozent der gesamten Wertschöpfung ausgedehnt hat. Wie soll man solche Systeme nennen? Halb kapitalistisch und halb sozialistisch?

Herrschaft des Rechts Sobald wir anerkennen, dass sich die Prinzipien, auf denen die ganze Ordnungsstruktur angeblich beruht, aus dem klassischen Liberalismus ergeben und nicht aus dem – wie auch immer gearteten – Sozialismus, treten Widersprüche zutage. Es ist beinahe so, als ob diese Prinzipien die politisierte oder sozialistische Werthälfte als Wohlfahrtsverlust auf ihrem Rücken tragen. Diese Prinzipien umfassen die Herrschaft des Rechts, wonach jedermann, ohne Anschauung seines Abhängigkeitsverhältnisses, demselben Gesetz unterworfen ist, nicht zuletzt einschliesslich jener, die als Beauftragte des Kollektivs handeln. Darüber hinaus verlangt die Demokratie als politische Form das freie und allgemeine Wahlrecht für jedermann, aktiv wie passiv. Innerhalb einer ange-

messen definierten Gebietskörperschaft genießt jedermann die Freiheit, berufliche und geografische Chancen zu nutzen oder dies zu unterlassen, eingeschränkt nur durch den Respekt, den der oben erwähnte rechtliche Schutz gebietet. Jedermann in dem so organisierten Gemeinwesen genießt die Garantie, dass seine persönlichen Rechte geschützt sind – das Recht der freien Meinungsäußerung, der Religionsausübung, der Versammlungsfreiheit.

Die Allgemeinheitennorm Die Aufstufung liesse sich verlängern, doch der Punkt, um den es geht, sollte schon jetzt klar sein. In der Anwendung der Grundprinzipien des klassischen Liberalismus kann es keine Diskriminierung zwischen verschiedenen Menschen geben. Was daraus folgt, ist auch klar. Insofern der spriessende Anteil von Steuern und Transfers in den Budgets moderner Demokratien auf Forderungen zurückgeht, dass der Staat eine Elternrolle einnehmen sollte, muss dieser Anteil von *Allgemeinheit* gekennzeichnet sein. Nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Gruppe, definiert in nicht allgemein gehaltenen Begriffen (Buchanan, Congleton 1998), sondern durch ihre Mitgliedschaft im Gemeinwesen unterliegen die Menschen einerseits der Steuer und sind andererseits potenziell transferberechtigt. Jegliche Abweichung von der Allgemeinheitennorm, jegliche Diskriminierung, führt zwangsläufig eine Klassifizierung von Menschen ein, die der klassisch-liberalen Grundannahme der Gleichheit zuwiderläuft.

Jegliche Abweichung von der Allgemeinheitennorm, jegliche Diskriminierung, führt zwangsläufig eine Klassifizierung von Menschen ein, die der klassisch-liberalen Grundannahme der Gleichheit zuwiderläuft.

Die meisten Programme in den Budgets des Wohlfahrtsstaats sind, zumindest nominell, nach dem Prinzip der Allgemeinheit organisiert. Die steuer- oder umlagefinanzierte Altersvorsorge sieht allgemeine Deckung vor, wenn auch mit eingebauten Elementen der Umverteilung. Die steuerfinanzierten Gesundheitsdienstleistungen stehen allen Mitgliedern der

Gemeinschaft offen, auch wenn es hier ebenfalls eingebaute Umverteilungscharakteristika gibt. Widersprüche tauchen freilich in dem Masse auf, wie die fiskalischen Ansprüche, die sich auf diese Programme richten, angesichts des demografischen Wandels und rapider Fortschritte in der Medizintechnik beinahe explosiv zunehmen. Es lässt sich schon jetzt ein wachsender Druck beobachten, diese fiskalischen Ansprüche in Schach zu halten, und zwar zum Teil dadurch, dass man ausdrücklich Abweichungen vom Prinzip der Allgemeinheit einführt und Bedürftigkeitsprüfungen als Kriterien für die Berechtigung zum Transferbezug durchsetzt. In dem Masse, wie Änderungen in dieser Richtung vorge-

Wenn das Prinzip der Allgemeinheit bewahrt wird, sind die vorhersagbaren Ansprüche an die fiskalischen Fähigkeiten des Wohlfahrtsstaats schlicht nicht tragbar.

genommen werden, muss die öffentliche Unterstützung für Programme abnehmen, die aus der parentalen Motivierung stammen. Wenn einer zunehmenden Anzahl von Menschen klar wird, dass sich der Staat im Zuge dieser Änderungen nicht länger um sie kümmern kann – selbst in einem entfernten, noch verbleibenden Sinn –, dann modifiziert sich auch das Bild dramatisch, das sie sich von diesen Programmen machen. Die Transfers werden dann als diskriminierende Zah-

lungen an politisch erwählte Gruppen wahrgenommen und nicht länger als Transfers zugunsten einer inklusiven Gruppe von Berechtigten.

Ende der Fahnenstange Wenn das Prinzip der Allgemeinheit hingegen bewahrt wird, selbst wenn man ihm vielleicht nicht vollumfänglich gehorcht, sind die vorhersagbaren Ansprüche an die fiskalischen Fähigkeiten des Wohlfahrtsstaats schlicht nicht tragbar. Zu versuchen, den eingegangenen Verpflichtungen aus den verschiedenen Programmen – vor allem der Alters- und der Gesundheitsvorsorge – gerecht zu werden, würde verlangen, dass aus den Marktergebnissen vor Steuern ein Steueraufkommen herausgezogen wird, das die Grenzen des Machbaren mit Blick auf das menschliche Verhalten bei Weitem überschreitet, von Fra-

gen des politischen Willens einmal ganz abgesehen. Der in der Laffer-Kurve abgebildete Zusammenhang stellt schliesslich in jedem Gemeinwesen eine sehr reale Schranke dar.

Die wohlfahrtsstaatlichen Demokratien sind fast ohne Ausnahme und in zunehmender Weise mit dem Auseinanderklaffen einer zweiseitigen Entscheidungsstruktur konfrontiert, die im Grunde nichts anderes widerspiegelt als den Konflikt zwischen dem klassischen Liberalismus und dem Sozialismus. Weil sie ihre Präferenzen im politischen Prozess ausdrücken, mögen sich die Bürger tatsächlich eine Ausweitung der parental Rolle des Wohlfahrtsstaats wünschen und ihm gestatten, Gott zu ersetzen. Zugleich jedoch mögen sie, in ihrem privaten Entscheidungsspielraum, danach streben, ihre Steuerverbindlichkeiten zu minimieren. Das liberale Prinzip, nach dem die Menschen frei sind, eine Steuerbasis zu schaffen, wie und wenn sie sich dafür entscheiden, ist unvereinbar mit dem sozialistischen Prinzip, nach welchem die Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat über noch plausibel hinnehmbare steuerliche Grenzen hinaus ausgedehnt wird. Die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts wird darüber bestimmen, wie dieser grundlegende Konflikt gelöst werden kann.

Die Bürger wünschen sich eine Ausweitung der parental Rolle des Wohlfahrtsstaats. Zugleich jedoch streben sie danach, ihre Steuerverbindlichkeiten zu minimieren. Die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts wird zeigen, wie dieser Konflikt gelöst werden kann.

Vorhersage und Ausblick

Eine geradlinige Vorhersage, fussend auf einer Einschätzung der Funktionsweise des demokratischen Prozesses, wie er sich vor unseren Augen abspielt, würde nahelegen, dass der budgetäre Druck zunehmende Abweichungen von der Allgemeinheitsnorm in zahlreichen Wohlfahrtsprogrammen hervorrufen wird. Bedürftigkeitsprüfungen und Abgrenzungen von Zielgruppen werden zunehmen, weit über die gegenwärtigen

Niveaus hinaus. Die Reihen derer, die ausdrücklich als Abhängige des Wohlfahrtsstaats klassifiziert werden, werden sich lichten – möglicherweise sogar substanziell. Ein solcher Zusammenbruch der Allgemeinheitennorm wird wie gesagt davon begleitet sein, dass die politische Unterstützung schwindet. Die Anspruchsgruppen werden immer mehr als Nettoparasiten wahrgenommen werden, die jenen Bürgern, die eine Steuerbasis schaffen, zur Last fallen. Die wohlfahrtsstaatlichen Demokrati-

en des Westens könnten sich durchaus allmählich dem Modell des «Schinderstaates» annähern, wie es Anthony de Jasay (1985) beschreibt, in dem verschiedene Gruppen um Ansprüche aneinander konkurrieren.

Reformen sind möglich Natürlich müssen sich solche Vorhersagen nicht erfüllen. Als Beispiel mag man sich an die Vorhersagen erinnern, die, sagen wir, in den frühen siebziger Jahren gemacht werden konnten. Wer hätte damals vorhergesagt, dass

die Reformen von Margaret Thatcher Grossbritannien in der Tabelle der europäischen Liga dramatisch aufwärts klettern lassen würden? Dass Ronald Reagan den amerikanischen Geist wiederherstellen würde? Dass die Sowjetunion zusammenbrechen würde? Die westlichen Wohlfahrtsdemokratien sind noch nicht über den Punkt hinaus, an dem es kein Zurück mehr gibt. Die öffentlichen Einstellungen, wie sie sich im politischen Führungspersonal spiegeln, könnten allmählich die Erkenntnis umfassen, dass sich die kollektiv generierten Ansprüche an den Fiskus nicht mehr erfüllen lassen – zumindest nicht dann, wenn sich das Steueraufkommen aus plausibel hinnehmbaren Steuerstrukturen ergeben soll. Das Prinzip der Allgemeinheit wohlfahrtsstaatlicher Programme kann in dem Masse mehr oder weniger aufrechterhalten werden, wie diese Ansprüche auf halbwegs vernünftige Grössenordnungen zurückgeschraubt werden. Wenn solche Reformen verwirklicht werden, dann kann es ge-

Anspruchsgruppen werden in Zukunft immer mehr als Nettoparasiten wahrgenommen werden, die jenen Bürgern, die eine Steuerbasis schaffen, zur Last fallen.

schehen, dass ein wachsender Anteil der Bevölkerung das Gefühl der Abhängigkeit vom Staat tatsächlich – zumindest teilweise – abschüttelt.

Das Erbe von Marx ist nur noch eine erschöpfte Kraft. Aber das Erbe von Bismarck ist lebendig und in guter Verfassung. Immerhin kann es mit Führungsstärke und Erkenntnis in Schach gehalten werden, gerade so, wie Bismarck selbst glaubte.

Nachwort

Dieser Aufsatz entstand unter der Annahme, dass es dem Terrorismus nicht gelingen wird, die grundlegenden Institutionen der Demokratien des Westens dauerhaft zu verändern – durch den Schaden, den er anrichtet, die Reaktion und die Gegenmassnahmen, einschliesslich der Vorbeugungsmassnahmen. Wenn sich diese Annahme als verkehrt herausstellt, hätte dies freilich nur zur Folge, das zentrale Argument dieses Aufsatzes zu stärken. Terror, real oder als Drohung, stellt den einzelnen Bürger geradezu zwangsläufig in ein umfassenderes Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Staat. Die Ereignisse mögen es erzwingen, dass die Breite und Tiefe kollektiver Kontrollen zunimmt. Und selbst einem glühenden Klassisch-Liberalen fällt es schwer, sich dem wirksam entgegenzustellen.

In einer solchen Ausweitung wird eine ähnliche Spannung auftreten, wie wir sie schon zuvor betrachtet haben. Der Druck, vom Prinzip der Allgemeinheit abzuweichen und Diskriminierungen zuzulassen, wird zunehmen – mit Folgen, die vielleicht schlimmer sind als jene, die sich unter dem Schirm des Wohlfahrtsstaates im engeren Sinne ergeben.